

Ordnung
des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Germersheim
für die Prüfung im
Masterstudiengang
Sprache, Kultur, Translation
Vom vom 17. April 2007
StAnz. S. 617
geändert durch Ordnung
vom 4. Januar 2010
StAnz. S. 98

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 des Hochschulgesetzes vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167), geändert durch das Erste Landesgesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 19. Dezember 2006 (GVBl. S. 438), BS 223-41 hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft (FTSK) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 12. Juni 2006 die folgende Ordnung für die Prüfung im Masterstudiengang Sprache, Kultur, Translation beschlossen. Diese Ordnung hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur mit Schreiben vom 16. April 2007, Az. 9526, Tgb. Nr.: 3/07, genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

INHALTSVERZEICHNIS

I. Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich, Ziel des Studiums, akademischer Grad
- § 2 Zulassungsvoraussetzungen
- § 3 Zulassungsverfahren
- § 4 Ziel, Umfang, Art und Ergebnis der Prüfung zur Feststellung der spezifischen Vorkenntnisse und der Eignung
- § 5 Studienfächer
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 9 Regelstudienzeit, modularisierter Studienaufbau, Fristen
- § 10 Leistungspunktesystem, Studienleistungen, Studiennachweise
- § 11 Studienumfang, Module

II. Prüfung

- § 12 Ziel, Umfang und Art der Masterprüfung
- § 13 Studienbegleitende Modulprüfungen
- § 14 Meldung und Zulassung zur Masterarbeit
- § 15 Masterarbeit
- § 16 Mündliche Abschlussprüfung
- § 17 Bestehen und Nichtbestehen, Wiederholung der Masterprüfung
- § 18 Freiversuch
- § 19 Bewertung von Prüfungs- und prüfungsrelevanten Studienleistungen, Bildung der Gesamtnote
- § 20 Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement

III. Schlussbestimmungen

- § 21 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 22 Ungültigkeit der Masterprüfung

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

§ 24 In-Kraft-Treten

Anhang: Modulaufstellungen, Mustermodulplan, Studienverlaufsplan

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich, Ziel des Studiums,
akademischer Grad

- (1) Diese Ordnung regelt die Prüfung im Masterstudiengang Sprache, Kultur, Translation des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft (FTSK) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Germersheim.
- (2) Ziel des Studiengangs ist ein berufsqualifizierender Abschluss, der spezialisierte Kenntnisse und Qualifikationen sichert 1. im Bereich der Translation, insbesondere der Fachkommunikation, und 2. im Bereich von Sprache und Kultur, insbesondere von Fremdsprachen und -kulturen in ihrer Beziehung zur Grundsprache und -kultur, sowie ein hohes Maß an Methodenreflexion und Theorieorientierung beinhaltet. Im Rahmen des Studiengangs werden folgende wissenschaftlich fundierte Teilkompetenzen vermittelt, deren Verzahnung die Kompetenz im Bereich von Sprache, Kultur und Translation gewährleistet:
 - Sprachwissenschaftliche Kompetenz: fundierte Kenntnisse linguistischer Theorien, sprachensprachepaarbezogener Studien sowie einer systematischen Beschreibung der Einzelsprachen.
 - Kulturwissenschaftliche Kompetenz: fundierte Kenntnisse von Kulturtheorie sowie Kultur und Gesellschaft im Bereich von Grund- und Fremdsprachen, vornehmlich im Hinblick auf Texte neuerer Epochen.
 - Übersetzungskompetenz: fundierte Kenntnisse der Übersetzungswissenschaft; Fähigkeit des Übersetzens schwieriger fachsprachlicher Texte – nach Maßgabe des Lehrangebots – auf der Grundlage eines Sachfachs gemäß § 3 Nr. 2 der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Sprache, Kultur, Translation.
- (3) Nach erfolgreich absolviertem Studium und bestandener Prüfung verleiht der Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft den akademischen Grad eines „Master of Arts (M. A.)“ im Studiengang Sprache, Kultur, Translation. Dieser Hochschulgrad darf dem Namen der Absolventin oder des Absolventen beigefügt werden. Auf Antrag der Absolventin oder des Absolventen kann dem akademischen Grad auch die deutsche Bezeichnung beigefügt werden.

§ 2

Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Voraussetzung für die Zulassung zum Studium M. A. (Master of Arts) Sprache, Kultur, Translation ist der Erwerb eines B. A. (Bachelor of Arts) Sprache, Kultur, Translation oder eines Diploms des FTSK bzw. einer vergleichbaren anderen Ausbildungsstätte mit der Abschlussnote „gut“ oder „sehr gut“ in den gleichen sprachlichen Studienfächern.

Zulassungsvoraussetzung für jede im Bachelorabschluss nicht erbrachte B- oder C-Sprache ist das Bestehen des entsprechenden Teils der Prüfung zur Feststellung der spezifischen Vorkenntnisse und der Eignung gemäß § 4.

Für andere Bewerberinnen und Bewerber gelten folgende Zulassungsvoraussetzungen:

1. der Abschluss eines einschlägigen Studienganges mit der Abschlussnote „gut“ oder „sehr gut“;
2. das Bestehen der Prüfung zur Feststellung der spezifischen Vorkenntnisse und der Eignung gemäß § 4.

Die Eignungsprüfung kann erlassen werden, wenn fremd- und muttersprachliche Kompetenz auf universitärem Niveau (in der Regel C2) sowie die erforderlichen fachspezifischen Fähigkeiten und eine

hinreichende Motivation für ein translationswissenschaftliches Studium durch geeignete Unterlagen hinreichend belegt sind.

(2) Studierende mit einem gleichwertigen Studienabschluss, die noch kein Sachfach (bzw. Äquivalent) absolviert haben und/oder über keine translatorische Grundkompetenz und/oder in den Einzelsprachen über keine kultur-/ sprachwissenschaftlichen Grundlagen verfügen, werden unter der Voraussetzung zugelassen, dass sie diese Kompetenzen durch Belegen entsprechender Wahlpflichtmodule im Rahmen des Masterstudiums erwerben. Studierende werden nur zugelassen, wenn sie die fehlenden Kompetenzen durch Absolvieren von maximal 2 Modulen erwerben können. Für Studierende mit Arabisch oder Chinesisch als einziger Fremdsprache sowie für Studierende der Studienrichtung Interkulturelle Germanistik gemäß Anhang I., 2. ist keine translatorische Grundkompetenz und kein Sachfach erforderlich.

(3) Für Bewerberinnen und Bewerber, die gemäß § 5 Abs. 1 eine A-Sprache wählen, die nicht ihre Muttersprache ist, gilt als weitere Zulassungsvoraussetzung das Bestehen der Trägersprachenprüfung. Die Trägersprachenprüfung dient zur Feststellung der erforderlichen Sprachkenntnisse in der A-Sprache (muttersprachliche Kompetenz). Zur Trägersprachenprüfung wird zugelassen, wer durch geeignete Unterlagen einen entsprechenden Bildungsweg in der gewählten A-Sprache nachweist. Die Trägersprachenprüfung wird vom Prüfungsausschuss gemäß § 6 abgenommen. Dieser bestimmt die Prüferinnen und Prüfer. Die Prüfungstermine werden von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses festgesetzt und der Bewerberin oder dem Bewerber rechtzeitig mitgeteilt. Die Trägersprachenprüfung besteht aus einer Klausur von maximal 90 Minuten zur Feststellung der Kenntnisse in der A-Sprache. Die Prüfungsleistung wird von den vom Fachbereich bestellten Prüferinnen oder Prüfern mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Beurteilungskriterium ist die muttersprachliche Kompetenz in der A-Sprache. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt der Bewerberin oder dem Bewerber das Ergebnis unverzüglich schriftlich bekannt. Die bestandene Trägersprachenprüfung berechtigt, vorbehaltlich des Vorliegens der sonstigen Zugangsvoraussetzungen, zur Aufnahme des Studiengangs. Die Kandidatin oder der Kandidat hat der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe des Bestehens der Trägersprachenprüfung mitzuteilen, ob sie oder er das Studium mit Beginn des folgenden Wintersemesters oder in einem späteren Jahr aufnehmen wird. Über den Verlauf der Trägersprachenprüfung ist eine Niederschrift anzufertigen. In diese sind aufzunehmen:

- die Namen der Mitglieder des Trägersprachenprüfungsausschusses,
- die Namen der Bewerberinnen und Bewerber,
- Beginn und Ende der Prüfung,
- die Bewertung der Trägersprachenprüfung sowie
- besondere Vorkommnisse.

Die Niederschrift ist von den Prüferinnen bzw. Prüfern zu unterzeichnen. Die Bewerberin oder der Bewerber kann nach einer Frist von zwei Wochen nach Abschluss der Prüfung bis zum Ablauf einer Frist von einem Jahr Einsicht in ihre oder seine Prüfungsakten nehmen. Die Trägersprachenprüfung kann einmal wiederholt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann auf die Trägersprachenprüfung verzichtet werden.

§ 3 Zulassungsverfahren

- (1) Über die Zulassung entscheidet die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.
- (2) Die Zulassung kann nicht erfolgen, wenn:
 - die in § 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
 - die Nachweise gemäß § 2 unvollständig sind oder
 - die Kandidatin oder der Kandidat sich in dem gleichen Studiengang an einer anderen Hochschule in einem noch nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren befindet.

Die Zulassung kann ferner abgelehnt werden, wenn sich die Kandidatin oder der Kandidat in einem anderen Studiengang an einer Hochschule in Deutschland in einem noch nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren befindet.

§ 4 Ziel, Umfang, Art und Ergebnis der Prüfung zur Feststellung der spezifischen Vorkenntnisse und der Eignung

- (1) Über die Aufnahme in den Studiengang entscheidet eine Prüfung zur Feststellung der spezifischen Vorkenntnisse und der Eignung (Eignungsprüfung), in der die für diesen Masterstudiengang erforderlichen besonderen Fähigkeiten nachzuweisen sind. Die Teilnahme an der Eignungsprüfung erfolgt auf Antrag. Dem Antrag sind beizufügen:
 1. eine Darstellung des Bildungsweges in deutscher Sprache, insbesondere mit Angaben über den Studienverlauf,
 2. das Abschlusszeugnis eines Studiums gemäß § 2,
 3. eine Darstellung der Motivation für ein translationswissenschaftliches Studium.

Kandidatinnen und Kandidaten, die ihr Fachstudium noch nicht abgeschlossen haben, werden nur dann zur Eignungsprüfung zugelassen, wenn sie die Bescheinigung des zuständigen Prüfungsorgans beifügen, dass ihr Prüfungsverfahren bis zum Beginn des Masterstudienganges abgeschlossen ist. Die Zulassung zur Eignungsprüfung kann verweigert werden, wenn aus den von der Bewerberin bzw. dem Bewerber eingereichten Unterlagen hervorgeht, dass die erforderlichen Sprachkenntnisse unter dem Niveau C1 liegen.

- (2) Die Eignungsprüfung wird vom Prüfungsausschuss gemäß § 6 abgenommen. Dieser bestimmt die Prüferinnen und Prüfer.
- (3) Die Prüfungstermine werden von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses festgesetzt und der Kandidatin oder dem Kandidaten rechtzeitig mitgeteilt.

(4) Die Eignungsprüfung besteht in der Regel aus einem schriftlichen Teil von 60–90 Minuten Dauer je Sprache und einem mündlichen Teil von 15–30 Minuten Dauer. Das Bestehen des schriftlichen Teils (Klausur) ist Voraussetzung für die Zulassung zum mündlichen Teil. Gegenstand des schriftlichen Teils sind die Kenntnisse im Bereich der A-, B- und ggf. der C-Sprache; Gegenstand des mündlichen Teils sind die Kenntnisse im Bereich der Kultur(en) der B-Sprache sowie die für diesen Masterstudiengang besonderen Anforderungen und die Erwartungen der Kandidatin oder des Kandidaten an ein translationswissenschaftliches Studium. Beurteilungskriterien für die Eignung sind Kenntnisse im wissenschaftlichen Arbeiten, translationswissenschaftliche Kenntnisse sowie Translationskompetenz. Für die mögliche Anwesenheit der Frauenbeauftragten beim mündlichen Teil der Eignungsprüfung gilt § 16 Abs. 8 entsprechend.

- (5) Ausländische Bewerberinnen und Bewerber können die vom FTSK gestellte und zu bewertende Klausur auch in ihren Heimatländern schreiben, insofern adäquate Prüfungsbedingungen sichergestellt sind.
- (6) Die Prüfungsleistungen werden von den vom Fachbereich bestellten Prüferinnen oder Prüfern bewertet. Sie sind entweder mit „geeignet“ oder mit „nicht geeignet“ zu bewerten. Die Eignungsprüfung gilt als bestanden, wenn alle Prüfungsteile mit „geeignet“ bewertet wurden.
- (7) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt der Kandidatin oder dem Kandidaten das Gesamtergebnis unverzüglich schriftlich bekannt. Die bestandene Eignungsprüfung berechtigt, vorbehaltlich des Vorliegens der sonstigen Zugangsvoraussetzungen, zur Aufnahme des Masterstudiengangs. Die Kandidatin oder der Kandidat hat der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe des Bestehens der Eignungsprüfung mitzuteilen, ob sie oder er das Studium mit Beginn des folgenden Wintersemesters oder in einem späteren Jahr aufnehmen wird.
- (8) Über den Verlauf der Eignungsprüfung ist eine Niederschrift anzufertigen. In diese sind aufzunehmen:
 - die Namen der Mitglieder des Eignungsprüfungsausschusses,
 - die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten,
 - Beginn und Ende der Prüfungen in den einzelnen Prüfungsleistungen,
 - die Bewertungen für die einzelnen Prüfungsleistungen und die Gesamtbewertung der Eignungsprüfung sowie
 - besondere Vorkommnisse.

Die Niederschrift ist von den Prüferinnen bzw. Prüfern zu unterzeichnen.
- (9) Hat eine Kandidatin oder ein Kandidat die Eignungsprüfung nicht bestanden, so kann sie oder er die Prüfung einmal wiederholen. Die Leistungen vorheriger Prüfungen werden bei der Wiederholungsprüfung nicht angerechnet.
- (10) Die Kandidatin oder der Kandidat kann nach einer Frist von zwei Wochen nach Abschluss der Prüfung bis zum Ablauf einer Frist von einem Jahr Einsicht in ihre oder seine Prüfungsakten nehmen.

§ 5 Studienfächer

- (1) Das am Fachbereich Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft vertretene Lehrangebot im Masterstudiengang Sprache, Kultur, Translation gliedert sich in folgende Fächer, aus denen die Studierenden entweder zwei Fremdsprachen (Erstfach B-Sprache und Zweitfach C-Sprache) oder eine einzige Fremdsprache (B-Sprache) auswählen:

SPRACHEN UND KULTUREN

A-Sprache muttersprachliche Kompetenz (Grundsprache)

B-Sprache sehr gute aktive und passive sprachliche, kulturelle und translatorische Kompetenz

C-Sprache sehr gute passive sprachliche, kulturelle und translatorische Kompetenz

	A-Sprache	B-Sprache (mit C-Sprache)	C-Sprache	B-Sprache (als einzige Fremdsprache)
Arabisch	X	X	X	X
Chinesisch	X	X	X	X
Deutsch	X	X		X
Englisch	X	X	X	X
Französisch	X	X	X	

	A-Sprache	B-Sprache (mit C-Sprache)	C-Sprache	B-Sprache (als einzige Fremdsprache)
Italienisch	X	X	X	
Neugriechisch	X	X	X	
Niederländisch	X	X	X	
Polnisch	X	X	X	
Portugiesisch	X	X	X	
Russisch	X	X	X	
Spanisch	X	X	X	

Studierende, deren A-Sprache nicht Deutsch ist, belegen Deutsch als B-Sprache.

In der C-Sprache haben diese Studierenden das Recht, nach Maßgabe des Lehrangebots in den Modulen der Translatorischen Kompetenz Übersetzungsübungen C>B, B>C, C>A oder A>C zu wählen. Bei entsprechendem Bildungsweg kann eine A-Sprache gewählt werden, die nicht die Muttersprache ist. In diesem Fall ist die angemessene Beherrschung der A-Sprache durch eine Trägersprachenprüfung gemäß § 2 Abs. 3 nachzuweisen.

(2) Das Studium erstreckt sich

- bei zwei Fremdsprachen: auf die B- und C-Sprache jeweils in Beziehung zur Grundsprache (A-Sprache; bei Studierenden mit Deutsch als Fremdsprache: auf die B-Sprache in Beziehung zur A-Sprache und – falls die Sprachenpaarkombination C/A nicht im Lehrangebot vertreten ist – die C-Sprache in Beziehung zur B-Sprache), einschließlich Sprach-/Translations- und Kulturwissenschaft,
- bei einer Fremdsprache (B-Sprache): auf die B-Sprache sowie zusätzliche Module in translatorischer Kompetenz und Kultur- bzw. Sprach-/Translationswissenschaft.

(3) Die frei wählbaren Wahlpflichtmodule dienen den Studierenden zur Bildung individueller Schwerpunkte. Sie wählen nach Maßgabe des Lehrangebots z. B. Kultur- oder Sprach-/Translationswissenschaft B- oder C-Sprache, translatorische Kompetenz B- oder C-Sprache, Allgemeine Sprachwissenschaft, Interkulturelle Kommunikation, ein Sachfach (in Fällen gemäß § 2 Abs. 2) oder ein zweites Sachfach, zwei B-Sprachen, Dolmetschen für Übersetzerinnen und Übersetzer, literarisches und medienpezifisches Übersetzen, Fachkommunikation, Fremdsprachendidaktik, Übersetzungsdidaktik, computerunterstütztes Übersetzen, Lokalisierung.

Alle angebotenen Wahlpflichtmodule sind miteinander kombinierbar. Nach Maßgabe des Lehrangebots können durch Belegung entsprechender Wahlpflichtmodule aber auch bestimmte Studienschwerpunkte gewählt werden (Beispiele s. Anhang I). Die Studierenden werden rechtzeitig in geeigneter Form über die fachspezifischen und fächerübergreifenden Studienschwerpunkte informiert.

Ein studienbezogenes Praktikum wird durch den Prüfungsausschuss als Wahlpflichtmodul anerkannt, sofern es in Umfang und Inhalt einem Wahlpflichtmodul entspricht.

§ 6 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Ordnung festgelegten Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Ihm gehören vier Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie je ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden, aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aus der Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Die oder der Vorsitzende führt die Geschäfte des Prüfungsausschusses und wird von der Geschäftsführenden Leitung des Prüfungsamtes unterstützt.
- (2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, die oder der Vorsitzende sowie deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter werden vom Fachbereichsrat gewählt. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt drei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr. Die Wiederwahl eines Mitglieds

ist möglich. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für die restliche Amtszeit gewählt. Die oder der Vorsitzende sowie deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter müssen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer sein.

- (3) Der Prüfungsausschuss entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (4) Der Prüfungsausschuss hat im Zusammenwirken mit dem Fachbereich sicherzustellen, dass die Studien- und Prüfungsleistungen in den in dieser Ordnung festgesetzten Zeiträumen erbracht werden können. Zu diesem Zweck sollen die Kandidatinnen und Kandidaten rechtzeitig sowohl über Art und Zahl der zu erbringenden Studiennachweise und Prüfungsleistungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, informiert werden. Den Kandidatinnen und Kandidaten sind für jede Prüfungsleistung auch die jeweiligen Wiederholungstermine bekannt zu geben.
- (5) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig dem Fachbereich über die Entwicklung der Studien- und der Prüfungszeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Masterarbeit sowie über die Verteilung der Noten; der Bericht ist in geeigneter Weise durch die Hochschule offen zu legen. Der Prüfungsausschuss gibt darüber hinaus dem zuständigen Fachausschuss für Studium und Lehre und dem Fachbereich Anregungen zur Reform des Studienplans und der Prüfungsordnung.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfungen beizuwohnen. Dieses Recht erstreckt sich nicht auf die Bekanntgabe der Note.
- (7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (8) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der oder dem betroffenen Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 7

Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

- (1) Prüfungsrelevante Studienleistungen werden von einer Prüferin oder einem Prüfer bewertet. Schriftliche Modulprüfungen sind in der Regel, zumindest aber im Fall der letzten Wiederholungsprüfung, von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. Mündliche Modulprüfungen und die mündliche Abschlussprüfung werden von zwei Prüferinnen oder Prüfern oder von einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers abgenommen und bewertet.
- (2) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer. Prüferinnen oder Prüfer sind Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Habilitierte, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Aufgaben gemäß § 56 Abs. 1 Satz 2 HochSchG, Lehrbeauftragte gemäß § 63 HochSchG sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben gemäß § 58 HochSchG. Professorinnen und Professoren im Ruhestand, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sowie in der beruflichen Praxis erfahrene Personen gemäß § 25 Abs. 4 Satz 2 HochSchG können durch Beschluss des Prüfungsausschusses auf Vorschlag des Fachbereichsrats zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden. Als Prüferin oder Prüfer für eine Fachprüfung kann nur benannt werden, wer in dem Fach, in dem die Prüfung abgelegt wird, eine eigenverantwortliche, selbständige Lehrtätigkeit ausübt oder in den zurückliegenden vier Semestern ausgeübt hat oder über nachgewiesene einschlägige berufspraktische Erfahrungen verfügt.
- (3) Die Kandidatin oder der Kandidat kann eine Prüferin oder einen Prüfer vorschlagen. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der Kandidatin oder dem Kandidaten die Namen der Prüferinnen oder Prüfer rechtzeitig, mindestens jedoch 14 Tage vor dem Prüfungstermin, bekannt gegeben werden.
- (4) Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer die Masterprüfung oder eine mindestens vergleichbare Prüfung abgelegt hat.
- (5) Für die Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer gilt § 6 Abs. 7 entsprechend.

§ 8
Anrechnung von Studienzeiten,
Studienleistungen und Prüfungsleistungen

- (1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt, wenn sie an einer Hochschule in Deutschland in dem gleichen Studiengang erbracht wurden, soweit sich die Module im Wesentlichen entsprechen und der Studiengang akkreditiert ist.
- (2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in nicht akkreditierten und in anderen Studiengängen werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen des Masterstudiengangs Sprache, Kultur, Translation an der Johannes Gutenberg-Universität im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen zu beachten. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.
- (3) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien sowie für multimedial gestützte Studien- und Prüfungsleistungen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend. Absatz 2 gilt außerdem auch für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien.
- (4) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und nach Maßgabe des § 19 in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Zeugnis ist zulässig.
- (5) Die Entscheidung nach den Absätzen 1 bis 3 trifft die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gegebenenfalls nach Anhörung der zuständigen Fachvertreterin oder des zuständigen Fachvertreters.
- (6) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 3 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Die Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die in Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Die oder der Studierende hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

§ 9 Regelstudienzeit,
modularisierter Studienaufbau, Fristen

- (1) Die Regelstudienzeit einschließlich der Zeit für die Anfertigung der Masterarbeit und die abschließende Masterprüfung beträgt zwei Jahre (4 Fachsemester).
- (2) Die Lehrveranstaltungen des Masterstudiengangs Sprache, Kultur, Translation werden im Rahmen von Modulen angeboten. „Modul“ bezeichnet thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmte, in sich abgeschlossene Lehreinheiten, die entsprechend dem für eine erfolgreiche Teilnahme erforderlichen Zeitaufwand mit einer bestimmten Zahl von Leistungspunkten (LP) verbunden sind. Jedes Modul wird mit einer Modulprüfung gemäß § 13 abgeschlossen, die sich auf die Stoffgebiete der Lehrveranstaltungen des Moduls erstreckt. Als Voraussetzung für die Ablegung von Modulprüfungen sind zu bestimmten Lehrveranstaltungen von Modulen Leistungsnachweise zu erbringen.
- (3) Der Masterstudiengang Sprache, Kultur, Translation umfasst das Studium der Module:
 - Kulturwissenschaft
 - Sprach-/Translationswissenschaft
 - Translatorische Kompetenz
 - ggf. (vgl. § 2 Abs. 2) Sachfach (Informatik, Medizin, Rechtswissenschaft, Technik oder Wirtschaftswissenschaft)

– weitere Wahlpflichtmodule

- (4) Im Rahmen des Masterstudiengangs Sprache, Kultur, Translation sind insgesamt mindestens 120 Leistungspunkte (LP) zu erreichen. Im Interesse der Einhaltung der Regelstudienzeit ist das Studium straff organisiert; das Erbringen bestimmter Mindestleistungen in angemessenen Fristen bildet die Voraussetzung für eine Fortführung des Studiums. Folgende Leistungen sind daher im Laufe des Studiums mindestens zu erbringen:
1. nach Abschluss des 1. Studienjahres mindestens 15 LP,
 2. nach Abschluss des 2. Studienjahres mindestens 54 LP,
 3. nach Abschluss des 3. Studienjahres mindestens 96 LP.

Gelingt dies nicht, ist die oder der Studierende schriftlich zur Teilnahme an einer Studienfachberatung aufzufordern, in der die bisherigen Studienerfahrungen erörtert und die Gründe für das Unterschreiten der Leistungserwartungen dargelegt werden; ferner wird besprochen, wie dem Erfordernis entsprochen werden kann, bis spätestens zum Abschluss des Folgesemesters die noch bis zum Erreichen der Mindestleistungspunkte fehlenden Leistungen zu erbringen. Werden im Falle des Satzes 4 die Mindestleistungspunkte im Folgesemester erreicht, verlängern sich die Fristen gemäß Satz 3 für den Erwerb der weiteren Leistungspunkte um jeweils ein Semester (Fristverlängerung). Bei Überschreitung einer verlängerten Frist gelten die Sätze 3 bis 4 entsprechend; eine einmalige Fristverlängerung um ein weiteres Semester gemäß Satz 5 ist nur in Ausnahmefällen möglich.

Erfolgt die Meldung zur Masterarbeit gemäß § 14 Abs. 2 nicht spätestens nach Abschluss des vierten Studienjahres, gilt die Masterarbeit als erstmals nicht bestanden; für die Wiederholung gelten die Fristen gemäß § 17 Abs. 2.

- (5) Bei der Einhaltung der in Absatz 4 genannten sowie weiterer im Rahmen dieser Ordnung vorgeschriebener Fristen werden Verlängerungen und Unterbrechungen von Studienzeiten nicht berücksichtigt, soweit sie
1. durch die Mitwirkung in gesetzlich oder satzungsmäßig vorgesehenen Gremien einer Hochschule, einer Studierendenschaft oder eines Studierendenwerks,
 2. durch Krankheit, Behinderung oder andere von der oder dem Studierenden nicht zu vertretende Gründe oder
 3. durch Schwangerschaft oder Erziehung eines Kindes

bedingt waren. Im Falle der Nr. 3 ist mindestens die Inanspruchnahme der Fristen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes sowie entsprechend den Fristen des Bundeserziehungsgeldgesetzes über die Elternzeit zu ermöglichen. Unberücksichtigt bleibt ferner ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium von bis zu zwei Semestern; dies gilt nicht für Auslandsstudienzeiten, die nach der Prüfungsordnung abzuleisten sind. Die Nachweise nach den Sätzen 1 und 2 obliegen der oder dem Studierenden.

§ 10

Leistungspunktesystem, Studienleistungen, Studiennachweise

- (1) Die Erfassung der von der oder dem Studierenden erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen sowie die Gewichtung der hierbei gegebenenfalls erzielten Bewertungen erfolgt durch ein Leistungspunktesystem. Jedes Modul ist mit Leistungspunkten (LP) versehen, die dem ungefähren Zeitaufwand entsprechen, der in der Regel für den Besuch aller Lehrveranstaltungen des Moduls, die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes, die Prüfungsvorbereitung und die Erbringung der Modulprüfung erforderlich ist. Die Maßstäbe für die Zuordnung von Leistungspunkten entsprechen dem European Credit Transfer System (ECTS).
- (2) Voraussetzung für die Vergabe von Leistungspunkten für Module ist die regelmäßige Teilnahme oder aber die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an den Lehrveranstaltungen des Moduls sowie der erfolgreiche Abschluss der Modulprüfung gemäß § 13. In begründeten Einzelfällen kann eine Vergabe von Leistungspunkten auch nur von dem Bestehen der Modulprüfung abhängig gemacht werden. Ein entsprechender Antrag ist rechtzeitig vor Beginn der ersten Lehrveranstaltung des Moduls zu stellen. Die Entscheidung hierüber trifft im Einzelfall oder im Grundsatz

der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit den zuständigen Fachvertreterinnen und Fachvertretern.

- (3) Eine regelmäßige Teilnahme liegt dann vor, wenn die oder der Studierende in allen von der Veranstaltungsleiterin oder dem Veranstaltungsleiter im Verlauf eines Semesters angesetzten Einzelveranstaltungen anwesend war. Eine regelmäßige Teilnahme kann noch attestiert werden, wenn die oder der Studierende bis zu zwei Einzelveranstaltungen, höchstens aber vier Veranstaltungsstunden im Semester, versäumt hat. In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen zugelassen werden. Absatz 2 Satz 2 bleibt hiervon unberührt.
- (4) Eine erfolgreiche Teilnahme liegt vor, wenn bei der Leistungsüberprüfung eine mindestens ausreichende Leistung erzielt wurde. Leistungsüberprüfungen sind entsprechend den Bestimmungen des § 19 zu bewerten und können gemäß § 13 Abs. 2 anteilig in die Note der Modulprüfung eingehen. Solche Leistungsüberprüfungen bestehen vor allem in Klausuren, mündlichen Prüfungen, Referaten und Hausarbeiten. Die Veranstaltungsleiterin oder der Veranstaltungsleiter gibt die Art und Dauer der Leistungsüberprüfung spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt. Für mündliche Leistungsüberprüfungen gilt § 16 Abs. 5 und 6 und § 21 entsprechend. Bei schriftlichen Arbeiten jedweder Art hat die oder der Studierende bei der Abgabe eine schriftliche Erklärung abzugeben, dass sie oder er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
- (5) Eine nicht als ausreichend bewertete Leistungsüberprüfung kann zweimal wiederholt werden. Ist die zweite Wiederholung nicht mindestens als ausreichend bewertet, gilt die Studienleistung endgültig als nicht erbracht; eine neuerliche Wiederholung derselben Studienleistung ist ausgeschlossen. Die Terminabsprache für Wiederholungen erfolgt im Benehmen mit der oder dem Studierenden, Wiederholungen haben innerhalb von sechs Monaten zu erfolgen.
- (6) Die Veranstaltungsleiterin oder der Veranstaltungsleiter unterrichtet die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unmittelbar nach Abschluss der Lehrveranstaltung über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und im Falle von benoteten Studienleistungen auch über die erzielten Ergebnisse der einzelnen Studierenden. Dabei sind der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses auch die Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu übermitteln, die an der Lehrveranstaltung nicht regelmäßig teilgenommen oder sich im Falle einer Leistungsüberprüfung dieser nicht oder nicht erfolgreich unterzogen haben.
- (7) Eine Lehrveranstaltung, an der ohne hinreichende und von der bzw. dem für die Lehrveranstaltung Verantwortlichen genehmigte Entschuldigung nicht regelmäßig teilgenommen wurde, kann zweimal wiederholt werden. Die Wiederholung einer Lehrveranstaltung, in der bereits eine Studienleistung erbracht wurde, mit dem Ziel des Erwerbs weiterer Leistungspunkte oder der Verbesserung der erzielten Note ist ausgeschlossen.
- (8) Leistungspunkte für einzelne Lehrveranstaltungen werden nur auf schriftlichen Antrag und nur zu Zwecken des Transfers vergeben. Werden in begründeten Einzelfällen Einzelnachweise für eine erbrachte Studienleistung benötigt, wird ein Studiennachweis von der Veranstaltungsleiterin oder dem Veranstaltungsleiter ausgestellt. Der Studiennachweis enthält mindestens den Namen der oder des teilnehmenden Studierenden, die genaue Bezeichnung der Lehrveranstaltung und des Moduls, die Angabe des Semesters, in dem die Lehrveranstaltung durchgeführt wurde, die Zahl der Leistungspunkte und im Falle einer benoteten Studienleistung auch die Bewertung der erbrachten Studienleistung gemäß § 19 Abs. 1 und die Art, in der die Leistung erbracht wurde. Der Nachweis ist von der Veranstaltungsleiterin oder dem Veranstaltungsleiter zu unterzeichnen.

§ 11

Studienumfang, Module

- (1) Für den Studiengang ist von einer Gesamtwochenstundenzahl von 60 SWS (Semesterwochenstunden) und 120 Leistungspunkten (LP) auszugehen.

Die Leistungspunkte für Lehreinheiten entsprechen dem von den Studierenden in etwa aufzubringenden Arbeitspensum, das für eine erfolgreiche Teilnahme an der jeweiligen Lehrveranstaltung insgesamt zu erbringen ist; dies schließt die Zeiten für die Vor- und Nachbereitung sowie eventuell erforderliche Leistungsüberprüfungen ein. 60 Leistungspunkte

entsprechen dem Arbeitspensum für ein Studienjahr, 30 dem für ein Semester (einschl. vorlesungsfreie Zeit).

- (2) Die Gesamtzahl von 60 SWS (120 LP) verteilt sich auf 10 Module im Umfang von je 6 SWS.
- (3) Von den 120 Leistungspunkten entfallen:
 1. auf Studienleistungen in den Pflichtmodulen: 50 LP
 2. auf Studienleistungen in den Wahlpflichtmodulen: 46 LP
 3. auf die Masterarbeit: 20 LP
 4. auf die Abschlussprüfung: 4 LP
- (4) Die den jeweiligen Modulen zugehörigen Pflicht- und Wahlpflichtlehrveranstaltungen sind in Anhang II aufgeführt. Der Fachbereich sowie die kooperierenden Einrichtungen stellen das für jedes Modul erforderliche Lehrangebot sicher.

II. Prüfung

§ 12

Ziel, Umfang und Art der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Studiengangs. Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat und dazu in der Lage ist diese anzuwenden.
- (2) Die Masterprüfung besteht aus folgenden Prüfungsleistungen:
 1. den studienbegleitenden Modulprüfungen,
 2. der schriftlichen Masterarbeit,
 3. der mündlichen Abschlussprüfung.
- (3) An einer Prüfung oder Leistungsüberprüfung kann nur teilnehmen, wer zum Zeitpunkt der Prüfungs- oder Studienleistungen ordnungsgemäß in dem Masterstudiengang Sprache, Kultur, Translation an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz eingeschrieben und nicht beurlaubt ist.
- (4) Bei Studien- und Prüfungsleistungen von Studierenden mit Behinderungen sind deren besondere Belange zur Wahrung ihrer Chancengleichheit zu berücksichtigen. Macht die Kandidatin oder der Kandidat glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, gestattet ihr oder ihm die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, die Prüfungsleistung innerhalb einer verlängerten Arbeitszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

§ 13

Studienbegleitende Modulprüfungen

- (1) Die Modulprüfungen werden studienbegleitend erbracht; sie schließen das jeweilige Modul ab. Gegenstand der abschließenden Modulprüfungen sind die Inhalte der Lehrveranstaltungen des jeweiligen Moduls. Durch die Modulprüfung soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er die Inhalte und Methoden des Moduls in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden kann.
- (2) Die gemäß § 11 Abs. 3 und Anhang I vorgeschriebenen Module sind entsprechend den Bestimmungen des § 19 zu bewerten. Besteht eine Modulprüfung aus einer Prüfungsleistung, so ist deren Note gleichzeitig die erzielte Note der Modulprüfung. Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, errechnet sich die Note der Modulprüfung aus dem arithmetischen Mittel

der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. Sind in einem Modul gemäß § 10 Abs. 4 eine oder mehrere prüfungsrelevante Studienleistungen vorgesehen, so werden zur Ermittlung der Note der Modulprüfung die Noten für die einzelnen prüfungsrelevanten Studienleistungen mit den ihnen zugeordneten Leistungspunkten und die Note für die Prüfungsleistung oder die aus dem arithmetischen Mittel der Noten mehrerer Prüfungsleistungen gebildete Note mit den Leistungspunkten des Moduls multipliziert, addiert und durch die Gesamtzahl der einbezogenen Leistungspunkte dividiert. Die Studienleistungen nach Satz 4 (prüfungsrelevante Studienleistungen) müssen nach Anforderung und Verfahren Prüfungsleistungen gleichwertig sein. Die Bewertungen der Modulprüfungen gehen gemäß § 19 Abs. 2 anteilig in die Note der Masterprüfung ein.

- (3) Die Modulprüfungen können in Form mündlicher Prüfungen, Klausuren, sonstiger schriftlicher Leistungen oder anderer Prüfungsleistungen abgelegt werden. § 10 Abs. 4 Satz 6 und § 16 Abs. 4 bis 8 gelten entsprechend. Die Bewertung schriftlicher Prüfungsleistungen soll innerhalb von vier Wochen erfolgen.
- (4) Für die Teilnahme an Modulprüfungen ist eine fristgerechte und verbindliche Anmeldung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erforderlich. Die Anmeldung soll in der Regel in dem Semester erfolgen, in dem die letzte Studienleistung des jeweiligen Moduls erbracht wird. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses setzt in Absprache mit den Prüferinnen oder Prüfern gemäß § 7 die jeweiligen Prüfungs- und Anmeldetermine sowie die Anmeldemodalitäten fest. Die Prüfungs- und Anmeldetermine werden durch Aushang zu Beginn des Semesters bekannt gemacht.
- (5) Eine Modulprüfung kann erst abgelegt werden, wenn alle Studienleistungen des Moduls erbracht worden sind.
- (6) Die Modulprüfung ist bestanden, wenn die Kandidatin oder der Kandidat die dem Modul zugeordneten Studienleistungen erbracht hat und in der abschließenden Modulprüfung eine mindestens ausreichende Leistung erzielt hat. Die für ein Modul erforderlichen Studienleistungen sind in der Regel in dem für das Modul laut Studienplan vorgesehenen Zeitraum vollständig zu erwerben.
- (7) Die Kandidatin oder der Kandidat soll möglichst innerhalb von vier Wochen nach Bestehen der Modulprüfung ein Modulzeugnis erhalten, das den Namen der Kandidatin oder des Kandidaten, die genaue Bezeichnung des Moduls sowie der zugehörigen Lehrveranstaltungen, die Zahl der Leistungspunkte und die Gesamtnote der Modulprüfung enthält. Gehen benotete Studienleistungen in die Gesamtnote der Modulprüfung ein, ist auch die Bewertung der einzelnen Studienleistungen und die Art, in der die Leistung erbracht wurde, im Modulzeugnis aufzuführen. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die abschließende Modulprüfung abgelegt wurde. Das Zeugnis ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und mit dem Siegel des Landes zu versehen.
- (8) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann im Benehmen mit den zuständigen Fächern Beauftragte für die Modulprüfungen benennen und ihnen die Aufgaben gemäß Absatz 4 und 7 übertragen. Für die Modulprüfungsbeauftragten gilt § 6 Abs. 7 entsprechend.

§ 14

Meldung und Zulassung zur Masterarbeit

- (1) Zur Masterarbeit wird zugelassen, wer
 1. ordnungsgemäß im Masterstudiengang Sprache, Kultur, Translation an der Johannes Gutenberg-Universität eingeschrieben ist,
 2. mindestens 5 der in § 11 Abs. 2 genannten 10 Module erfolgreich abgeschlossen hat,
 3. das vorläufige Thema für eine Masterarbeit vereinbart hat.
- (2) Die Meldung zur Masterarbeit erfolgt in der Regel im dritten Semester. Sie muss spätestens sechs Wochen nach dem vollständigen Erbringen der in § 11 Abs. 3 Nr. 1 und 2 genannten Leistungen erfolgen, andernfalls gilt die Masterarbeit ein erstes Mal als nicht bestanden. Auf die Fristsetzung in § 9 Abs. 4 wird hingewiesen. In dem Bescheid über das erstmalige Nichtbestehen der Masterarbeit fordert die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Kandidatin oder den Kandidaten auf, die Unterlagen gemäß Absatz 3 binnen vier Wochen vorzulegen. Bei neuerlichem Fristversäumnis gilt die Masterprüfung als endgültig nicht bestanden, es sei denn, es fehlt lediglich die Unterlage gemäß Absatz 3 Nr. 3. In diesem Fall und bei Vorliegen der übrigen Vo-

oraussetzungen für die Zulassung zur Masterarbeit setzt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das Thema und den Beginn der Masterarbeit im Benehmen mit der Kandidatin oder dem Kandidaten fest.

- (3) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Prüfungsausschuss zu richten. Dem Antrag sind beizufügen:
 1. das Studienbuch,
 2. der Nachweis über den Abschluss der Module gemäß Absatz 1 Nr. 2, sofern dieser nicht im Prüfungsamt bereits vorliegt,
 3. der Vorschlag für das Thema der Masterarbeit mit Zustimmung der vorgeschlagenen Betreuerin oder des vorgeschlagenen Betreuers,
 4. eine Erklärung darüber, ob die Kandidatin oder der Kandidat bereits eine Masterzwischenprüfung oder Masterprüfung in einem Masterstudiengang an einer Hochschule in Deutschland endgültig nicht bestanden hat oder ob sie oder er sich in einem nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland befindet,
 5. eine Erklärung darüber, ob und ggf. wie oft die Kandidatin oder der Kandidat bereits Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen im Masterstudiengang Sprache, Kultur, Translation oder in denselben Fächern oder Modulen eines anderen Studienganges an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland nicht bestanden hat.
- (4) Der Prüfungsausschuss entscheidet über die Zulassung zur Masterarbeit. Er setzt den Beginn der Masterarbeit fest und macht diesen aktenkundig.
- (5) Ist es der Kandidatin oder dem Kandidaten nicht möglich, eine der nach Absatz 3 erforderlichen Unterlagen in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.
- (6) Die Zulassung wird abgelehnt, wenn
 1. die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
 2. die Unterlagen gemäß Absatz 3 unvollständig sind und auch nach Setzung einer Nachfrist nicht vollständig vorgelegt werden oder
 3. die Kandidatin oder der Kandidat eine Masterzwischenprüfung oder Masterprüfung in dem gleichen Studiengang an einer Hochschule in Deutschland endgültig nicht bestanden hat oder
 4. die Kandidatin oder der Kandidat wegen der Anrechnung von Fehlversuchen gemäß § 17 Abs. 3 keine Möglichkeit mehr zur Erbringung von Prüfungsleistungen oder prüfungsrelevanten Studienleistungen hat, die für das Bestehen der Masterprüfung erforderlich sind, oder
 5. die Meldefrist nicht eingehalten wurde aus einem Grund, den die Kandidatin oder der Kandidat zu vertreten hat.

Die Zulassung kann abgelehnt werden, wenn sich die Kandidatin oder der Kandidat an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland in einem noch nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren befindet.

- (7) Wird die Kandidatin oder der Kandidat zur Masterarbeit nicht zugelassen, ist ihr oder ihm diese Entscheidung unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen. Dem Bescheid ist eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen.

§ 15 Masterarbeit

- (1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit mit sprach-, kultur- oder translationsrelevanter Thematik, in der die Kandidatin bzw. der Kandidat zeigen soll, dass sie bzw. er in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus einem Fach des Masterstudienganges Sprache, Kultur, Translation selbständig nach sprach-, translations- und/oder kulturwissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Die Masterarbeit kann in jedem Fach bzw. Bereich geschrieben werden, in dem ein Seminar absolviert worden ist (B-Sprache, C-Sprache, Translationswissenschaft usw.).
- (2) Die Themenvergabe und Betreuung der Masterarbeit erfolgt durch eine Hochschullehrerin oder einen Hochschullehrer des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft. Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, für das Thema der Abschlussarbeit Vorschläge zu machen. Soll die Masterarbeit in einer nicht dem FTSK angehörenden Einrichtung angefertigt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung der oder des Vorsitzenden des Prüfungs-

ausschusses. Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, für das Thema der Abschlussarbeit Vorschläge zu machen. Die Betreuerin oder der Betreuer der Arbeit hat die Pflicht, die Kandidatin oder den Kandidaten bei der Anfertigung der Masterarbeit anzuleiten und sich regelmäßig über den Fortgang der Arbeit zu informieren.

- (3) Das vorläufige Arbeitsthema der Masterarbeit ist mit der Betreuerin oder dem Betreuer zu vereinbaren und gemäß § 14 Abs. 3 mit einer Bestätigung der Betreuerin oder des Betreuers dem Prüfungsausschuss vorzulegen. Findet die Kandidatin oder der Kandidat keine Betreuerin oder keinen Betreuer, so sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass sie bzw. er rechtzeitig ein Thema für eine Masterarbeit erhält.
- (4) Die Bearbeitungszeit der Masterarbeit beträgt vier Monate. Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der Betreuerin oder dem Betreuer die Bearbeitungszeit um maximal zwei Monate verlängern. Bei einer eventuellen Verlängerung ist auf die Einhaltung der Regelstudienzeit zu achten.
- (5) Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Masterarbeit sind von der Betreuerin oder vom Betreuer so zu begrenzen, dass die Frist zur Bearbeitung der Masterarbeit eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ein neues Thema ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen, zu vereinbaren. § 14 Abs. 2 Satz 5 und § 15 Abs. 3 Satz 2 gelten entsprechend.
- (6) Die Masterarbeit kann in deutscher Sprache (A- oder B-Sprache) oder in einer anderen Sprache angefertigt werden. Die Zustimmung des Prüfungsausschusses zur Anfertigung in einer anderen Sprache wird erteilt, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 1. hinreichende Beherrschung der gewählten Sprache durch die Kandidatin oder den Kandidaten,
 2. hinreichende sprachliche Qualifikation in der gewählten Sprache seitens der gewählten Betreuerin oder des Betreuers,
 3. Möglichkeit zur Bestellung einer Zweitgutachterin oder eines Zweitgutachters gemäß Absatz 8 Satz 2 mit hinreichender sprachlicher Qualifikation in der gewählten Sprache.
- (7) Die Kandidatin oder der Kandidat reicht die Masterarbeit fristgemäß im Prüfungsamt des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft gebunden und in zweifacher Ausfertigung ein. Sie oder er hat bei der Abgabe schriftlich zu versichern, dass sie oder er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Wird die Arbeit gemäß Absatz 6 in einer anderen Sprache als Deutsch angefertigt, ist eine deutschsprachige Zusammenfassung beizufügen. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen. Wird die Masterarbeit nach Absatz 4 nicht fristgerecht abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (8) Der Prüfungsausschuss leitet die Masterarbeit der Betreuerin oder dem Betreuer als Erstgutachterin oder Erstgutachter zu. Gleichzeitig bestellt er eine weitere Gutachterin oder einen weiteren Gutachter aus dem Kreis der Prüfungsberechtigten gemäß § 7 Abs. 2 zur Zweitbewertung und leitet ihr oder ihm die Arbeit zu. Stehen nicht genügend Prüfende zur Verfügung, um die Prüfung in angemessener Zeit durchzuführen, so kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmen, dass die Abschlussarbeit nur von der Betreuerin bzw. dem Betreuer begutachtet wird.
- (9) Die vorgelegte Masterarbeit ist von den Gutachtenden gemäß den Vorgaben des § 19 zu bewerten, und ein schriftliches Gutachten ist zu erstellen. Weichen die Bewertungen der beiden Gutachten bis zu einer vollen Notenstufe ($\leq 1,0$) voneinander ab, so sind die Gutachtenden gehalten, sich auf eine gemeinsame Note zu einigen. Kommt die Einigung nicht zustande, wird die Gesamtnote aus dem arithmetischen Mittel der beiden Einzelbewertungen gebildet. Gehen die Noten der beiden Gutachten um mehr als eine volle Notenstufe ($> 1,0$) auseinander, bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine dritte Prüferin oder einen dritten Prüfer. Aufgrund der drei Gutachten legt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Gesamtnote endgültig fest. Das Bewertungsverfahren soll acht Wochen nicht überschreiten.
- (10) Die Masterarbeit ist nicht bestanden, wenn die Gesamtnote nicht mindestens „ausreichend“ (4,0) ist. Sie kann einmal wiederholt werden. Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass die Kandidatin oder der Kandidat innerhalb von sechs Wochen nach entsprechender Bekanntgabe ein neues Thema für eine Masterarbeit erhält. Eine Rückgabe des Themas in der in Absatz 5 Satz 2 genannten Frist ist nur zulässig, wenn die Kandidatin oder der Kandidat bei der ersten Anfertigung

gung der Masterarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte. Eine zweite Wiederholung der Masterarbeit ist ausgeschlossen.

§ 16 Mündliche Abschlussprüfung

- (1) Ist die Masterarbeit mit mindestens der Note „ausreichend“ (4,0) bestanden, gilt die Kandidatin oder der Kandidat als zur mündlichen Abschlussprüfung zugelassen. Der Termin für die Abschlussprüfung wird vom Prüfungsausschuss festgelegt und der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitgeteilt. Die mündliche Abschlussprüfung findet frühestens in dem Semester statt, in dem die oder der Studierende sämtliche Modulprüfungen gemäß § 13 abgelegt hat.
- (2) Die 30-minütige Prüfung wird von zwei Prüferinnen oder Prüfern oder von einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers durchgeführt.
- (3) Gegenstand der Abschlussprüfung sind das Thema der Masterarbeit sowie Frage- und Aufgabenstellungen im Kontext des für die Masterarbeit gewählten Moduls sowie eines weiteren von der Kandidatin oder dem Kandidaten gewählten Moduls. Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, im Rahmen der Prüfungszeit ihre bzw. seine Arbeit vorzustellen; die Vorstellung darf fünf Minuten nicht überschreiten. Prüfungssprache ist in der Regel Deutsch, in begründeten Einzelfällen kann die Prüfung in einer anderen Sprache geführt werden; die Vorgaben des § 15 Abs. 6 sind entsprechend anzuwenden.
- (4) Im Anschluss an die Prüfung legen die Prüfenden bzw. die Prüferin oder der Prüfer unter Anhörung der Beisitzerin oder des Beisitzers die Note für die mündliche Abschlussprüfung fest.
- (5) Die mündliche Abschlussprüfung ist nicht bestanden, wenn die Prüfungsleistung schlechter als „ausreichend“ (4,0) bewertet wird. Das Ergebnis der Prüfung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Bei Nichtbestehen sind der Kandidatin oder dem Kandidaten die Gründe zu eröffnen.
- (6) Über den Verlauf der mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfenden oder von der Prüferin oder dem Prüfer und der Beisitzerin oder dem Beisitzer zu unterzeichnen ist. In die Niederschrift sind aufzunehmen:
 1. die Namen der Prüfenden, der Beisitzerin oder des Beisitzers sowie der Kandidatin oder des Kandidaten,
 2. Beginn und Ende der Prüfung,
 3. die wesentlichen Prüfungsinhalte und
 4. die erteilte Note.
- (7) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, können als Zuhörende anwesend sein, sofern die Kandidatin oder der Kandidat dem nicht bei Meldung zur Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse. Wenn eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung gefährdet ist, muss die Erlaubnis zur Anwesenheit von Zuhörerinnen oder Zuhörern von den Prüferinnen oder Prüfern zurückgezogen werden.
- (8) Auf Antrag der Kandidatin kann die zentrale Frauenbeauftragte oder die Frauenbeauftragte des Fachbereiches an der mündlichen Abschlussprüfung teilnehmen.

§ 17 Bestehen und Nichtbestehen, Wiederholung der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Masterarbeit und die mündliche Abschlussprüfung jeweils mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bestanden sowie die gemäß § 13 Abs. 2 erforderlichen Modulprüfungen erfolgreich abgelegt wurden.
- (2) Eine nicht bestandene Modulprüfung kann innerhalb eines Jahres nach dem Nichtbestehen zweimal wiederholt werden. Eine nicht bestandene mündliche Abschlussprüfung kann einmal innerhalb von sechs Monaten nach dem Nichtbestehen wiederholt werden. In besonders begründete-

ten Ausnahmefällen ist eine zweite Wiederholung zulässig; über die Zulassung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach Rücksprache mit den jeweiligen Fachvertreterinnen oder Fachvertretern. Die Frist, innerhalb deren eine zweite Wiederholungsprüfung abzulegen ist, beträgt sechs Monate. Wird die Wiederholungsprüfung nicht innerhalb der vorgegebenen Fristen abgelegt, gilt die Prüfung als nicht bestanden. Die Wiederholung einer nicht bestandenen Masterarbeit ist in § 15 Abs. 10 geregelt.

- (3) Nicht bestandene Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen in dem gleichen Masterstudiengang an einer anderen Hochschule in Deutschland oder im Ausland sind als Fehlversuche auf die zulässige Zahl der Wiederholungsprüfungen anzurechnen. Als Fehlversuche anzurechnen sind ferner nicht bestandene Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen in denselben Modulen oder Fächern eines anderen Studiengangs an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland, soweit für deren Bestehen gleichwertige oder geringere Anforderungen vorausgesetzt werden.
- (4) Eine bestandene Prüfung oder prüfungsrelevante Studienleistung kann nicht wiederholt werden. § 18 Abs. 2 bleibt hiervon unberührt.
- (5) Kann eine Prüfungsleistung oder prüfungsrelevante Studienleistung nicht mehr erbracht oder wiederholt werden, ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden und eine Fortführung des Studiums in dem gleichen Masterstudiengang nicht mehr möglich.
- (6) Ist die Masterprüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuss der Kandidatin oder dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch darüber Auskunft gibt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und innerhalb welcher Frist die Prüfung wiederholt werden kann. Der Bescheid über die nicht bestandene Masterprüfung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 18 Freiversuch

- (1) Die mündliche Abschlussprüfung gilt im Falle des erstmaligen Nichtbestehens als nicht unternommen, wenn sie innerhalb der Regelstudienzeit abgelegt wurde (Freiversuch). Für die Masterarbeit, die Modulprüfungen und die Studienleistungen wird ein Freiversuch nicht gewährt. Prüfungen, die wegen Täuschung oder eines sonstigen ordnungswidrigen Verhaltens für nicht bestanden erklärt wurden, sind vom Freiversuch ausgenommen.
- (2) Eine im Freiversuch bestandene mündliche Abschlussprüfung kann einmal zur Notenverbesserung zum jeweils nächsten Prüfungstermin wiederholt werden. Wird eine Notenverbesserung nicht erreicht, bleibt die im ersten Prüfungsversuch erzielte Note gültig.

§ 19 Bewertung von Prüfungs- und prüfungsrelevanten Studienleistungen, Bildung der Gesamtnote

- (1) Für die Bewertung von Prüfungs- und Studienleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1	sehr gut	eine hervorragende Leistung;
2	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen ihrer Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungs- und Studienleistungen können einzelne Noten um 0,3 auf Zwischenwerte erhöht oder erniedrigt werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

- (2) Zur Ermittlung der Gesamtnote der Masterprüfung werden die Noten für die einzelnen Modulprüfungen gemäß § 13 sowie die Noten der Masterarbeit und der mündlichen Abschlussprüfung mit den jeweiligen Leistungspunkten multipliziert, addiert und durch die Gesamtzahl der einbezogenen prüfungsrelevanten Leistungspunkte dividiert. Die so ermittelte Gesamtnote lautet:

Bei einem Notenwert

bis 1,5	einschließlich		sehr gut
von 1,6	bis	2,5	gut
	einschließlich		
von 2,6	bis	3,5	befriedigend
	einschließlich		
von 3,6	bis	4,0	ausreichend
	einschließlich		
über			nicht
4,0			ausreichend

- (3) Bei der Bildung von Gesamtnoten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 20

Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement

- (1) Ist die Masterprüfung bestanden, erhält die Kandidatin oder der Kandidat unverzüglich, in der Regel innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis, das die Noten der Modulprüfungen, der Masterarbeit und der mündlichen Abschlussprüfung sowie die Gesamtnote enthält. In das Zeugnis wird auch das Thema der Masterarbeit aufgenommen. Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten wird die bis zum Abschluss der Masterprüfung benötigte Fachstudiendauer in das Zeugnis aufgenommen. Zusätzlich wird auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten im Zeugnis der Gesamtnote entsprechende ECTS-Grad sowie die dazugehörige ECTS-Definition gemäß dem jeweils gültigen Bewertungsschema des European Credit Transfer System dargestellt.
- (2) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. Es ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und mit dem Siegel des Landes zu versehen.
- (3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin oder dem Kandidaten eine Urkunde ausgehändigt, die die Verleihung des Grades eines Master of Arts (M. A.) im Studiengang Sprache, Kultur, Translation beurkundet. Die Urkunde trägt das Datum des Zeugnisses. Sie wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der Dekanin oder dem Dekan des Fachbereichs unterzeichnet und mit dem Siegel des Landes versehen.
- (4) Zusätzlich erhält die Absolventin oder der Absolvent ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Model“ von Europäischer Union/Europarat/UNESCO. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Aus dem Diploma Supplement gehen insbesondere Angaben über die Hochschule, die Art des Abschlusses, das Studienprogramm, die Zugangsvoraussetzungen, die Studienanforderungen und den Studienverlauf sowie über das deutsche Studiensystem hervor. Es ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.
- (5) Zeugnis, Urkunde und Diploma Supplement sind deutsch- und englischsprachig verfasst. Auf Antrag können die Dokumente zusätzlich in einer anderen gängigen Fremdsprache gefasst werden; die Kosten hierfür trägt in diesem Fall die Absolventin oder der Absolvent.
- (6) Studierende, die die Universität Mainz ohne Abschluss verlassen oder ihr Studium an der Universität Mainz in einem anderen Studiengang fortsetzen, erhalten auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine zusammenfassende Bescheinigung über erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen. Der Antrag ist schriftlich unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen an die Dekanin oder den Dekan des Fachbereichs zu richten.

III. Schlussbestimmungen

§ 21

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Wenn die Kandidatin oder der Kandidat zu einem ordnungsgemäß festgesetzten und mitgeteilten Termin (§ 16 Abs. 1 Satz 2) ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie oder er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe zurücktritt, wird die jeweilige Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten kann die Vorlage eines ärztlichen und gegebenenfalls eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Der Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten steht die Krankheit eines von ihr oder ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin vereinbart.
- (3) Unterbricht die Kandidatin oder der Kandidat die mündliche Abschlussprüfung oder eine mündliche Modulprüfung ohne Zustimmung der Prüferin oder des Prüfers und ohne Vorliegen triftiger Gründe, so wird die Prüfung als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (4) Versucht die Kandidatin oder der Kandidat das Ergebnis ihrer oder seiner Prüfungsleistungen durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin oder den Kandidaten von der Erbringung weiterer Studien- und Prüfungsleistungen ausschließen.
- (5) Stört die Kandidatin oder der Kandidat den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung, kann sie oder er von der jeweiligen Prüferin oder vom jeweiligen Prüfer von der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin oder den Kandidaten darüber hinaus von der Erbringung weiterer Studien- und Prüfungsleistungen ausschließen.
- (6) Belastende Entscheidungen sind der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen; eine Rechtsbehelfsbelehrung ist beizufügen. Vor einer Entscheidung gemäß Absatz 4 Satz 2 oder Absatz 5 Satz 2 ist der betroffenen Kandidatin oder dem betroffenen Kandidaten Gelegenheit zu rechtlichem Gehör zu geben.
- (7) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 6 gelten für Studienleistungen entsprechend.

§ 22

Ungültigkeit der Masterprüfung

- (1) Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei einer Studien- oder Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Studien- oder Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin oder der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung oder die Studienleistung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären. Die Prüferinnen oder Prüfer werden vorher gehört.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes.
- (3) Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis und das Diploma Supplement oder der entsprechende Studiennachweis sind einzuziehen und gegebenenfalls neu auszustellen. Ferner ist die Urkunde gemäß § 20 Abs. 3 einzuziehen, wenn die Masterprüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestan-

den“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 23

Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Der Kandidatin oder dem Kandidaten wird auf Antrag Einsicht in ihre oder seine Prüfungsakten einschließlich der Masterarbeit und der darauf bezogenen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Die Einsichtnahme ist auch bei noch nicht abgeschlossener Masterprüfung möglich.
- (2) Der Antrag ist binnen eines Jahres nach schriftlicher Mitteilung des Prüfungsergebnisses beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 24

In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz in Kraft.

Germersheim, den 17. April 2007

Der Dekan

des Fachbereichs Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Univ.-Prof. Dr. Karl-Heinz Stoll

Anhang: Modulaufstellung, Studienverlaufsplan

I. MODULAUFSTELLUNGEN¹

Beim Studium von zwei Fremdsprachen:

	Module	SWS	LP
B-Sprache	Sprach-/Translations- oder Kulturwissenschaft	6	10
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung) (mit Übersetzungswissenschaftl. Seminar)	6	12
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
C-Sprache	Sprach-/Translations- oder Kulturwissenschaft	6	10
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
Wahlpflichtmodule	Wahlpflicht 1 (frei wählbar aus dem Lehrangebot der	6	10
	Wahlpflicht 2 (frei wählbar aus dem Lehrangebot der	6	9
	Wahlpflicht 3 (frei wählbar)	6	9
	Wahlpflicht 4 (frei wählbar)	6	9
	Wahlpflicht 5 (frei wählbar oder Praktikum)	6	9
Masterarbeit			20
Mündl. Abschlussprüfung			4
Summen		60	120

Beim Studium einer Fremdsprache:

	Module	SWS	LP
B-Sprache	Kulturwissenschaft	6	10
	Sprach-/Translationswissenschaft	6	10
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung) (mit Übersetzungswissenschaftl. Seminar)	6	12
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
Wahlpflichtmodule	Wahlpflicht 1 (frei wählbar)	6	10
	Wahlpflicht 2 (frei wählbar)	6	9
	Wahlpflicht 3 (frei wählbar)	6	9
	Wahlpflicht 4 (frei wählbar)	6	9
	Wahlpflicht 5 (frei wählbar oder Praktikum)	6	9
Masterarbeit			20
Mündl. Abschlussprüfung			4
Summen		60	120

Alle angebotenen Wahlpflichtmodule sind gemäß § 5 Abs. 3 Satz 3 miteinander kombinierbar. Nach Maßgabe des Lehrangebots können durch Belegung entsprechender Wahlpflichtmodule aber auch bestimmte Studienschwerpunkte gewählt werden.

Beispiele für Studienschwerpunkte:

1. Fachübersetzen

	Module	SWS	LP
B-Sprache	Sprach-/Translationswissenschaft	6	10
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung) (mit Übersetzungswissenschaftl. Seminar)	6	12
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
C-Sprache	Sprach-/Translations- oder Kulturwissenschaft	6	10
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9

	Module	SWS	LP
Wahlpflichtmodule	Translatorische Fachkompetenz	6	9
	Translationstechnologie	6	9
	Kulturwissenschaft B-Sprache oder Translationsdidaktik oder Interkulturelle Kommunikation oder Sachfach	6	10
	Praktikum	6	9
	Wahlpflicht (frei wählbar)	6	9
Masterarbeit			20
Mündl. Abschlussprüfung			4
Summen		60	120

2. Translationswissenschaft / Interkulturelle Kommunikation

	Module	SWS	LP
B-Sprache	Kulturwissenschaft	6	10
	Sprach-/Translationswissenschaft	6	10
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
Wahlpflichtmodule	Wissenschaftstheoretische Grundlagen	6	10
	Allgemeine Translationswissenschaft	6	10
	Theoretische Grundlagen interkultureller Forschung	6	10
	Angewandte Translationswissenschaft	6	10
	Methoden empirischer Kommunikationsforschung	6	10
	Wahlpflicht (frei wählbar oder Praktikum)	6	9
Masterarbeit			20
Mündl. Abschlussprüfung			4
Summen		60	121

3. Area Studies (Kulturraumstudien)

	Module	SWS	LP
B-Sprache	Kultur- oder Sprach-/Translationswissenschaft	6	10
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung) (mit Übersetzungswissenschaftl. Seminar)	6	12
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
C-Sprache	Kultur- oder Sprach-/Translationswissenschaft	6	10
	Translatorische Kompetenz (Spezialisierung)	6	9
Wahlpflichtmodule	C-Sprache: Kultur, Literatur, Politik oder Sprache, Kultur, Translation	6	10
	B-Sprache: Kultur, Literatur, Politik	6	10
	B-Sprache: Sprache, Kultur, Translation	6	10
	Wahlpflicht (frei wählbar)	6	9
	Wahlpflicht (frei wählbar oder Praktikum)	6	9
Masterarbeit			20
Mündl. Abschlussprüfung			4
Summen		60	122

4. Interkulturelle Germanistik

	Module	SWS	LP
B-Sprache	Kulturwissenschaft	6	10
	Sprach-/Translationswissenschaft	6	10
	Geschichte	6	9
	Politik, Gesellschaft	6	9
Wahlpflichtmodule	Interkulturelle Kommunikation	6	10
	Sachfach Recht oder Wirtschaft	6	6
	Sachfach Wirtschaft oder Recht	6	6

	Module	SWS	LP
	Wahlpflicht 1 (frei wählbar aus Lehrangebot der B-	6	10
	Wahlpflicht 2 (frei wählbar)	6	9
	Wahlpflicht 3 (frei wählbar)	6	9
	Wahlpflicht 4 (frei wählbar oder Praktikum)	6	9
Masterarbeit			20
Mündl. Abschlussprüfung			4
Summen		66	121

II. MUSTERMODULPLAN¹

B-Sprache

Modul „Sprach-/Translations- oder Kulturwissenschaft“						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
Seminar	S	1	Pfl.	2	6	Hausarbeit
Vorlesung	V	1	Pfl.	2	1	
Vorlesung	V	2	Pfl.	2	1	
Modulprüfung:	Schriftliche oder mündliche Prüfung				2	
Gesamt				6	10	

Modul „Translatorische Kompetenz Spezialisierung mit übersetzungswiss. Seminar“						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
übersetzungswiss. Seminar	S	1	Pfl.	2	6	Hausarbeit
Übersetzungsübung	Ü	1	Pfl.	2	2	
Übersetzungsübung	Ü	2	Pfl.	2	2	
Modulprüfung:	Prüfung translator. Kompetenz				2	
Gesamt				6	12	

Modul „Translatorische Kompetenz Spezialisierung“						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
Übersetzungsübung	Ü	3	Pfl.	2	3	Hausarbeit oder Klausur
Übersetzungsübung	Ü	3	Pfl.	2	2	
Übersetzungsübung	Ü	4	Pfl.	2	2	
Modulprüfung:	Prüfung fachspr. Übersetzen				2	
Gesamt				6	9	

Wahlpflichtmodul 1 „frei wählbar“ aus dem Lehrangebot der B-Sprache (siehe Modulhandbuch)						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
		1	WPfl.			
		1	WPfl.			
		2	WPfl.			
Modulprüfung:	(je nach gewähltem Modul)					
Gesamt				6	10	

Wahlpflichtmodul 3 „frei wählbar“ (siehe Modulhandbuch)						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
		2	WPfl.			
		3	WPfl.			
		3	WPfl.			
Modulprüfung:	(je nach gewähltem Modul)					
Gesamt				6	9	

Wahlpflichtmodul 4 „frei wählbar“ (siehe Modulhandbuch)						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
		2	WPfl.			
		3	WPfl.			
		3	WPfl.			
Modulprüfung:	(je nach gewähltem Modul)					
Gesamt				6	9	

Wahlpflichtmodul 5 „frei wählbar“ (siehe Modulhandbuch) oder „Praktikum“						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
		3	WPfl.			
		3	WPfl.			
		4	WPfl.			
Modulprüfung:	(je nach gewähltem Modul)					
Gesamt				6	9	

C-Sprache

Modul „Sprach-/Translations- oder Kulturwissenschaft“						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
Vorlesung	V	1	Pfl.	2	1	
Vorlesung	V	2	Pfl.	2	1	
Seminar	S	2	Pfl.	2	6	Hausarbeit
Modulprüfung:	Schriftliche oder mündliche Prüfung				2	
Gesamt				6	10	

Modul „Translatorische Kompetenz Spezialisierung“						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
Übersetzungsübung	Ü	1	Pfl.	2	3	Hausarbeit oder Klausur
Übersetzungsübung	Ü	1	Pfl.	2	2	
Übersetzungsübung	Ü	2	Pfl.	2	2	
Modulprüfung:	Prüfung fachspr. Übersetzen				2	
Gesamt				6	9	

Wahlpflichtmodul 2 (frei wählbar aus dem Lehrangebot der C-Sprache) (siehe Modulhandbuch)						
Lehrveranstaltung	Art	Regelsemester	Verpflichtungsgrad	SWS	LP	Studienleistung ²
		2	WPfl.			
		3	WPfl.			
		3	WPfl.			
Modulprüfung:	(je nach gewähltem Modul)					
Gesamt				6	9	

III. STUDIENVERLAUFSPLAN¹

Sem	B-Sprache			C-Sprache			Wahlpflicht			Examen	LP
	TK	ST/KW	WPf	TK	ST/KW	WPf	WPf (frei)				
1	TK 1 S/Ü 8 LP	ST/KW S/V 7 LP	WPf 1 8 LP	TK 1 Ü/Ü 5 LP	ST/K W V 1 LP						29
2	Ü +Prüf. 4 LP	V +Prüf. 3 LP	2 LP	Ü +Prüf. 4 LP	S/V +Prüf. 9 LP	WPf 2 3 LP	WPf 3 3 LP	WPf 4 3 LP			31
3	TK 2 Ü/Ü 5 LP					6 LP	6 LP	6 LP	WPf 5 6 LP	MA- Arb.+ mdl. Pr. 24 LP	29
4	Ü +Prüf. 4 LP								3LP		31
LP	21	10	10	9	10	9	9	9	9	24	120

TK = Translatorische Kompetenz. **ST/KW** = Sprach-/Translations- oder Kulturwissenschaft. **WPf** = Wahlpflicht **LP** = Leistungspunkte

¹ Die hier vorgestellten Modulaufstellungen, der Mustermodulplan und der Studienverlaufsplan sind exemplarisch. Die genaue Gestaltung ist dem Modulhandbuch zu entnehmen.

² Benotete Studienleistungen, die in die Note der Modulprüfung gemäß § 13 eingehen; bei allen anderen Lehrveranstaltungen ist die regelmäßige Teilnahme nachzuweisen.